

Die Kriegsgefahr und das Proletariat.

ap. Blasse Angst lastet auf den Herzen der Völker; die Kriegsfurcht geht um in Europa. Nie war seit vielen Jahrzehnten die Gefahr eines europäischen Krieges so nahe gerückt, wie in diesem Augenblick. Durch den Balkankrieg aktiviert, prallen die großen Weltmächtsinteressen der Großmächte, die während Jahrzehnten vorbereiteten und zähe verfolgten Ziele ihrer Weltpolitik aufeinander; und, jeden Nerv gespannt, lauern sie einander auf, wer den ersten Schritt tun wird. Die starken Kursstürze an allen europäischen Börsen zeigen, wie ernst die kapitalistischen Kreise die Lage einschätzen.

Der sozialdemokratisch gebildete Arbeiter weiß, daß die Kriege nicht aus irgend einem Wahnsinn oder einer Geistesverirrung der Menschen stammen und daß sie heute weder durch die Herrschsucht der Fürsten, noch durch die Unfähigkeit der Diplomaten veranlaßt werden. Kriege sind gewaltige Interessenkämpfe; die Lebensinteressen der herrschenden Klassen, die auch weiteren Kreisen der Bevölkerung als wichtigste Allgemeininteressen zum Bewußtsein kommen und sie mitschleppen, setzen sich in ihrem Kriegswillen und ihrer Kriegsbegeisterung als gewaltige Leidenschaften durch. Das springt jetzt am klarsten bei den Balkanstaaten in die Augen; das Bedürfnis der emporsteigenden bulgarischen und serbischen Bourgeoisie nach einer größeren Staatseinheit zieht die Kleinbürger und Bauern mit, die gleichfalls durch die Enge ihrer Grenzen, vor allem infolge der Schutzzollpolitik der Nachbarn, in ihren Lebensinteressen geschädigt werden. Die Sache liegt für diese Staaten ähnlich, wie 1870 für Deutschland; das Bedürfnis der Bourgeoisie nach einer starken Reichseinheit hatte sich damals in das Bewußtsein der weitesten bürgerlichen Volksschichten als die Notwendigkeit der nationalen Einigung eingeprägt, und so wirkte es als Triebkraft zum Kriege.

Dasselbe gilt nun auch für die Großmächte, nur mit dem Unterschied, daß entsprechend der höheren kapitalistischen Entwicklung die maßgebenden Interessen, die zum Kriege führen können, höher, in höheren Schichten der Bevölkerung liegen. Die Interessen des Großkapitals,

der kartellierten schweren Industrie, des Bankkapitals, stehen hinter der imperialistischen Politik, die sich mit bewaffneter Hand die Verfügung über möglichst viel fremdes primitives Land als Gebiet für Kapitalanlage sichern will. Diese Politik ist keine unmittelbare Interessenpolitik für die ganze besitzende Klasse — und also noch viel weniger für das ganze Volk — aber sie schleppt fast die ganze besitzende Klasse mit, die zu keiner anderen entgegen gesetzten Politik fähig ist. Es wäre daher ein verhängnisvoller Fehler, wenn Sozialdemokraten sich vor allem auf den Nachweis versteifen wollten, daß hier gar keine realen Interessen vorliegen, und daß also die Regierung und die herrschende Klasse einfach verrückt sind. Damit könnte man nur sich selbst über die Realität der Gefahr täuschen. Wenn das Manifest unserer österreichischen Bruderpartei erklärt, daß der Sandschak Novibazar, dessen Besetzung durch Serbien der Minister Berchtold als Anlaß zum Eingreifen bezeichnet hat, für die Völker Oesterreichs gar kein Lebensinteresse bedeutet, und ein Wiener Brief im „Vorwärts“ vom 12. Oktober ausspricht, daß es für Oesterreich überhaupt kein Lebensinteresse auf dem Balkan gibt, so ist das für die österreichischen Volksmassen, für die Bauern, die Arbeiter und die Kleinbürger vollkommen richtig. Und gegenüber der Kriegsheiße von bürgerlicher Seite ist es absolut notwendig, das immer wieder zu betonen. Aber was in den Aeußerungen des Grafen Berchtold „Oesterreich“ heißt, ist die Clique von Großkapitalisten und feudal-klerikal-militärischen Machthabern, die die österreichische Regierung und ihre Politik beherrscht. Das österreichische Großkapital hat schon seit langem auf das Balkangebiet, Alt-Serbien mit dem dahinter liegenden Hafen Saloniki das Auge gerichtet; Novibazar bildet das Ausfalltor dorthin, und der österreichische Imperialismus wird sicher nicht dulden, daß es ihm verschlossen wird. Daher ist eine Einmischung Oesterreichs in diesem Fall sicher; und keine Nachweise, daß das Volksinteresse anderswo liegt, können sie verhindern.

Der Unterschied zwischen den emporkommenden Balkanstaaten und den Großmächten liegt an einer anderen Stelle. Ueberall, dort wie hier, treiben starke Interessen zum Kriege; aber nur in den entwickeltsten großkapitalistischen Ländern ist auch eine starke Friedensmacht vorhanden. Das Proletariat, in den Balkanländern an Zahl und Klassenbewußtsein noch unbedeutend, ist in den modernen Großstaaten eine schwerwiegende Macht im Staate. Das

Proletariat hat nicht nur kein einziges Interesse an dem Krieg oder an der Expansionspolitik, die zum Kriege führt, sondern seine Lebensinteressen werden aufs schwerste durch den Krieg bedroht. In jedem Krieg dienen die Proletarier als Kanonenfutter, müssen sie sich für fremde Interessen hinschlachten lassen, — von dem späteren Dank des Vaterlandes wissen jetzt die hungrigen Veteranen mitzureden. Aber ein moderner europäischer Krieg, der durch den Fortschritt der Kriegstechnik schon viel mörderischer als alle früheren Kriege sein wird, bedeutet zugleich eine gewaltige ökonomische Krise, deren ganze Wucht auf den Besitzlosen lastet, eine Katastrophe, die das ganze Wirtschaftsleben lähmt und überall Not und Verzweiflung bringt. Während in einem vorwiegend agrarischen Lande die übrige Bevölkerung sich immer noch durchschlagen kann, muß ein so verwickelter und empfindlicher Mechanismus, wie die kapitalistische Produktion, bei einem großen Krieg zusammenbrechen und Europa auf eine primitive Stufe der Produktion und der Kultur zurückwerfen. Sein Lebensinteresse gebietet daher dem Proletariat, den Krieg möglichst zu verhindern.

Und die Arbeiter wissen, daß sie damit nur die Interessen der großen Masse der Bevölkerung vertreten. Breite Schichten noch unaufgeklärter Arbeiter, sowie die Masse der Bauern und der Kleinbürger, haben kein anderes Interesse als wir. Aber sie sind machtlos, ihnen fehlen die Mittel, die Organisation und das klare Wissen, gegen den Krieg ernsthaft aufzutreten. Die von ihnen gewählten Politiker unterstützen die Kriegspolitik. Diese Mittel besitzt nur das organisierte Proletariat, das weiß, wie es seinen Willen in der Politik zur Geltung bringt. Es weiß, daß die herrschende Klasse sich nur durch Furcht vor den revolutionären Massen vom Kriege zurückhalten läßt. Gegen den Willen einer starken Minorität, die entschlossen dagegen kämpfen will, einen Krieg zu führen, muß jeder Regierung äußerst bedenklich erscheinen. Diese Bedenken zu nähren und zu stärken, durch Protestversammlungen und Demonstrationen den Herrschenden ihre Kriegsfeindschaft zu bekunden und sie zur Vorsicht zu mahnen, dabei die bisher Gleichgültigen aufzurütteln, damit sie sich den Aktionen anschließen und den Druck der Massen immer gewaltiger und unwiderstehlicher machen — das wird die Aufgabe der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Krieg sein.

Die Sozialdemokratie als Vertreterin der klassenbewußten Arbeiterschaft kann sich nicht damit begnügen,

gleichsam als theoretische Propaganda, auf die Kriegsgefahr als Beweis der Unhaltbarkeit des Kapitalismus und der Richtigkeit unserer Anschauungen hinzuweisen. Es gilt jetzt, praktisch zu handeln. Sie darf sich nicht der Illusion hingeben, daß der Nachweis, es lägen keine realen Volksinteressen für einen Krieg vor, genügt, die Gefahr zu verschrecken. Es gilt, der Macht und dem Kriegswillen des die Regierungen beherrschenden Großkapitals in aktiver Weise seinen Friedenswillen gegenüber zu stellen. Ob es gelingen wird, die Katastrophe zu verhindern, hängt allerdings nicht von diesem Willen allein ab, sondern von der Macht, die hinter ihm steht — welche Macht das Proletariat gegen den Krieg aufbringen kann, wird sich dabei erst im Laufe der Aktion selbst ergeben. Das Verhältnis der beiden Kräfte, der Machtgier des Kapitals, das im entscheidenden Moment die Regierung zum Kriege treibt, und des Druckes der Arbeitermassen, der die Regierung zum Frieden mahnt, wird das Resultat bestimmen. Aber ein günstiges Resultat ist nur möglich, wenn alle Kräfte angestrengt werden.

Schon ist das österreichisch-ungarische Proletariat, das an der exponiertesten Stelle steht, vorangegangen. Die alte bürgerliche Phrase der „Machtlosigkeit“ seiner Regierung hat bei ihm abgewirtschaftet; Illusionen über die Absichten dieser Regierung sind auch nicht mehr am Platze. Welche Macht seine Proteste bei den noch unentwickelten, halb agrarischen Verhältnissen der Donaumonarchie ausüben werden, bleibt abzuwarten. Günstiger steht in dieser Hinsicht das deutsche Proletariat, das an Organisationsmacht in Europa voran steht, und daher auch voran stehen muß in dem Kampf gegen den Krieg. Schon droht der Schritt der Massen, die dem Rufe des Parteivorstandes folgend, sich zur ersten machtvollen Demonstration gegen den Krieg sammeln. Und von der bald stattfindenden Sitzung des Internationalen Bureaus kann man erwarten, daß sie die Arbeiter ganz Europas zum energischen geschlossenen Kampfe gegen die Kriegsgefahr aufruft. Denn das Proletariat bildet die einzige zuverlässige Macht des Friedens. —